

# Kiez im Blick

## 2.545 Tage MitWirkung

Ausgabe 03/2023

### Hendrikje Klein

Für Sie im Abgeordnetenhaus und in den Kiezen

Weitlingkiez, Friedrichsfelde, Tierpark und Rummelsburg



Wie in den Jahren zuvor, lud ich zur wunderbaren Aufführung des Kindertheaters Silflay in den HeinrichTreff im Weitlingkiez



**Liebe Nachbarin,  
lieber Nachbar,**

vielleicht kennen sie die Geschichte? Als der damalige DDR-Chef Walter Ulbricht an einem großen Modelltisch die Pläne für die Neubebauung des Ostberliner Zentrums präsentiert bekam, so die Legende, hatten die Architekten den Fernsehturm auf einer Freifläche neben dem Friedrichshain platziert. Ulbricht gefiel das überhaupt nicht, schnappte sich den „Telespargel“ und knallte ihn mit Vehemenz auf den Alex. Punktum.

An diese Episode fühlte ich mich erinnert, als Lichtenbergs neue Schulstadträtin von der CDU im Sommer die auf vielen Ebenen und in vielen Gremien abgestimmten und begründeten Planungen für die Aufstellung von Modularen Ergänzungsbauten (MEB) für Schulen eigenmächtig über den Haufen wirft. Wie einst der Ulbricht, nahm sie an der Oberseeschule einen weg und stellte an der Waldowallee einen hin und auch an der Rummelsburger Straße 21, wo wir eigentlich alle schon sehnsüchtig auf den Baubeginn warten, sollte plötzlich der MEB verzichtbar sein. Es reicht, es muss Schluss sein mit diesen ewigen Planspielereien. Wir in Friedrichsfelde brauchen dringend diesen zusätzlichen Schulbau. Und zwar ohne Wenn und Aber.

*Ihre Hendrikje Klein, Mda*

## Chaos um neue Schulen

Kaum ein Thema beschäftigt die Bezirkspolitik gerade so sehr, wie die Schaffung neuer Schulplätze. Der Grund dafür liegt auf der Hand, an den meisten Schulen zwischen Hohenschönhausen und Karlshorst ist die Platzsituation prekär. Eine noch von Rot-Rot-Grün initiierte Schulbauoffensive soll Abhilfe schaffen, auch in Friedrichsfelde und im Weitlingkiez. Für zwei zentrale Vorhaben dort ist die Finanzierung gesichert – für den Neubau einer Grundschule an der Hauptstraße 9 und den Bau eines Mobilien Ergänzungsbaus (MEB) in der Rummelsburger Straße 21 als Filiale der Friedrichsfelder Grundschule. Eigentlich.

An der Hauptstraße ist das Grundstück bereits abgeräumt worden, als plötzlich in Beantwortung meiner Anfrage der Senat kürzlich mitteilte, dass „ein genauer Zeitplan für die Fertigstellung der Schule nicht verbindlich

genannt werden kann.“ Wie sich herausstellt, hat plötzlich die CDU-geführte Verkehrsverwaltung Einspruch erhoben. Der Anlass, es geht um die Verkehrsführung vor Ort, erscheint eher marginal, kann aber das Procedere bis zum Sankt Nimmerleinstag verzögern. Dann aber würden ab dem Schuljahr 2025/26 über 430 Schulplätze fehlen.

Genauso fragil ist seit der Wiederholungswahl im Februar 2023 auch die Situation beim MEB in der Rummelsburger Straße. Der Erweiterungsbau soll 22 Klassenräume für 570 Kinder bekommen und auch eine Mensa. Eine Inbetriebnahme 2025/26, antwortete der Senat auf meine Anfrage, sei aber nur möglich, wenn die Abrissarbeiten auf dem Grundstück noch in diesem Jahr erfolgen und ein Artenschutzgutachten vorgelegt werde. Doch bis heute ist kein Bagger dort zu sehen. Stattdessen wird im

Bezirksamt darüber geraunt, den MEB in der Karlshorster Waldowallee aufzustellen, weil dort die HOWOGE 400 weitere Wohnungen bauen will. Ein Unding, Schulen sind keine Verschiebesachen. Brauchen wir mehr Schulen bzw. MEBs, dann müssen sie auch bestellt werden, müssen die notwendigen Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet und eingestellt werden. Ja, das kostet eine Menge Geld, aber es ist ja auch da, wenn zum Beispiel die Kosten für die Fußball-EM in Berlin einfach mal so von 60 auf 80 Millionen Euro steigen und eine defizitäre Olympiabewerbung rein aus Prestige Gründen auf den Weg gebracht werden soll. Das Fehlen von knapp 1.000 Schulplätzen in Friedrichsfelde und Rummelsburg käme jedenfalls einem schulpolitischen Versagen gleich. Und das wäre noch eine freundliche Umschreibung. Ich jedenfalls werde mich damit nicht abfinden.

### Grün soll grün bleiben



Die kleine Grünfläche Massower Str. 3/ Robert-Uhrig-Str. könnte bald verschwinden

Es ist mit seinen 543 m<sup>2</sup> kein besonders großes Grundstück und es ist derzeit auch kein besonders gepflegtes Grundstück. Die Ecke Massower Straße 3/ Robert-Uhrig-Straße am U-Bahnhof Friedrichsfelde ist kein Park aber doch eine Grünanlage, mit etlichen Bäumen drauf und einem Kunstwerk. Es war 1987, als die Plastik „Mutter mit Kind“ des Bildhauers Manfred Strehlau dort

aufgestellt wurde. Lang ist es her und mittlerweile hat das Werk auch einige Dellen und Kratzer abbekommen, um die sich aber leider niemand kümmert. Wie es auch insgesamt um die kleine grüne Oase, eingekesselt zwischen einem richtigen Hochhaus und einem gut besuchten Einkaufszentrum mit seinen Parkplätzen, nicht wirklich gut bestellt ist. Eigentümerin der Fläche ist

das Land Berlin, die BIM verwaltet offenbar mehr schlecht als recht das Areal, hat aber offenbar hochfliegende Pläne. Sie prüfe aktuell gemeinsam mit dem Bezirksamt Lichtenberg „vorhandene Bedarfe und bereite ein Konzeptverfahren vor“, wie die Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen Tanja Mildnerberger auf meine Schriftliche Anfrage hin erklärte. Bereits Anfang März dieses Jahres wurde im entsprechenden Steuerungsausschuss ein solches Verfahren mit dem Schwerpunkt Wohnnutzung beschlossen.

Steht man vor dem Areal, kann man sich angesichts der doch erkennbaren Vernachlässigung nicht dem Eindruck entziehen, dass eine Bebauung vielleicht doch eine prima Lösung wäre. Nicht auszuschließen ist aber, dass genau dieser Eindruck mit

der sehr zurückhaltenden Grünpflege erzeugt werden soll. Doch schon jetzt findet sich der erste Protest. Insbesondere in der unmittelbaren Nachbarschaft sind etliche Mieterinnen und Mieter ziemlich erobert. Sie wehren sich in dem von Hochhäusern geprägten Kiez über noch mehr Verdichtung, und über eine nicht mitwachsende Infrastruktur. Zwar gibt es dort in den abgeschotteten und durchaus großzügigen Hofanlagen viele Freiflächen, die oft genug auch fest in Kinderhand ist, doch öffentliches, für jedermann frei zugängliches Grün ist dort tatsächlich Mangelware. Deshalb bin auch ich der Meinung, dass eine Bebauung nicht die letzte Antwort sein kann. Eher plädiere ich dafür, die Fläche endlich regelmäßig zu pflegen, ein paar Bänke aufzustellen, vielleicht auch ein großes Schachspiel, und die Skulptur einer sanften Sanierung zu unterziehen.

### Weitlingstraße wartet auf Management

Sie ist knapp 1,3 Kilometer lang und verbindet quer durch den Kiez die Lückstraße mit dem Monimboplatz, vorbei am Bahnhof Lichtenberg mit seinem wenig anheimelnden Vorplatz. Die Weitlingstraße ist eine Geschäftsstraße in ziemlich alter Tradition, mit inhabergeführten Läden, Gastronomie und Dienstleistungen und gibt zugleich auch dem umliegenden Quartier ihren Namen - Weitlingkiez. Doch das mit den Geschäften zeigt sich bei genauerer Betrachtung doch eher schwieriger. Bei den gastronomischen Angeboten dominieren Schnellimbisse und es herrscht in der Straße ein reger Durchgangsverkehr, welcher dem einen oder der anderen auch schon mal den Aufenthalt verleidet. In den vergangenen zehn Jahren ist die mittlere Angebotsmiete für Ladenflächen

trotzdem um stolze 89 Prozent auf 20,60 Euro/m<sup>2</sup> gestiegen.

Im Lichtenberger Bezirksamt, und nicht nur dort, sieht man jedenfalls einigen Handlungsbedarf, um den Charakter der Straße als Bummelmeile und Nahversorgerin künftig weiterzuentwickeln und zu qualifizieren. Ein mehrjähriges Geschäftsstraßenmanagement, anderswo schon eine erfolgreiche Einrichtung, soll auch hier dazu beitragen. Finanziert werden könnte das u.a. mit Hilfe eines europäischen Förderprogramms (Wirtschaftsdienliche Maßnahmen). Schon seit Jahresbeginn sitzt der Leiter der Wirtschaftsförderung im Bezirksamt Burhan Cetinkaya mit einem fertigen Fördermitelantrag in den Startlöchern, doch in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, wo der Lichten-



Die Weitlingstraße lädt nicht so recht zum Bummeln ein

berger Antrag schließlich eingereicht werden muss, zeigt man sich für das ganze Procedere bislang merkwürdig zugeknöpft. Zwar sei die erforderliche Richtlinie bereits abgestimmt, erklärte Wirtschaftsstaatssekretär Severin Fischer im Juli in

Beantwortung meiner Anfrage an den Senat, aber die Nennung eines Startzeitpunkts sei ihm trotzdem nicht möglich. So bleibt der Förderantrag weiterhin unangetastet in der Schublade. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt.

## Ein verzichtbares Projekt

Die Worte klangen gut, als der internationale Investor sein Projekt „Coral World“ vor einiger Zeit präsentierte. Von einer Bildungsstätte, in der es um den Schutz der Meere gehe, war die Rede und davon, dass keine öffentlichen Fördergelder in Anspruch genommen werden sollen. Das Land Berlin fand das offenbar völlig ausreichend, um das Top-Grundstück an der Rummelsburger Bucht an das Unternehmen zu verkaufen. Und dann? Wurde im März 2021 ein Bauantrag gestellt für ein Hotel mit 169 Doppelzimmern und 106 Autostellplätzen und ein paar (sehr) großen Wasserbecken. Das Gefühl, dass Berlin über den Tisch gezogen wurde, will seither nicht weichen.

Wenige Wochen zuvor, mitten

im Winter, hatte der Bezirk in einer Nacht- und Nebelaktion das Obdachlosencamp an der Bucht räumen lassen, wohl in einem Akt vorausseilenden Gehorsams. Dabei gab es schon vor dieser unwürdigen Aktion vielfältige Initiativen, die gegen das Projekt opponierten. Die Initiative „Bucht für alle“ hatte bereits 2019 Unterschriften von über 40.000 Leuten gesammelt, die das Bauvorhaben ablehnen. Als dann Ende 2022 der Aquadom in Mitte, ein Eine-Million-Literbecken, aus unbekanntem Gründen barst, und nur durch viel Glück, kein Mensch ernsthaft zu Schaden kam, gab es kurz die Hoffnung auf etwas Demut und Nachdenklichkeit beim Lichtenberger Pendant. Doch denkste. Mit unglaublichen sieben Millionen Litern Wasser sollen dort nun



Blick auf die Rummelsburger Bucht

die Aquarien befüllt werden. Es wird schon vom „größten Aquarium Europas“ fantasiert. Bei so viel Rekordeifer bleibt die Suche nach neuen Finanzquellen nicht aus. Entgegen aller Bekundungen will man doch 7,3 Millionen Euro vom Land Berlin haben und streitet sich darüber auch vor Gericht. Ganz

nach dem Motto: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“. Noch in diesem Jahr soll der Baubeginn sein, der Bezirk hat seinen Segen bereits gegeben. Und weil sowieso alles gigantischer ist als es angekündigt war, gibt es auch einen gigantischen neuen Namen – „Ocean Berlin“.

## Ohne Plan für die Stadt

Im Abgeordnetenhaus bestimmen derzeit die Haushaltsberatungen unsere Terminkalender. Wir diskutieren, wofür unsere Stadt in den Jahren 2024 und 2025 Geld ausgeben soll und wie dieses Geld eingenommen werden kann. Der neue CDU/SPD-Senat hat einen Vorschlag vorgelegt, der allerdings viele Probleme vor sich herschiebt oder sogar vergrößert.

Über 40 Milliarden Euro sollen

pro Jahr ausgegeben werden, das ist eine ganze Menge Holz. Dabei werden jedoch auch alle Rücklagen, also das in den vergangenen Jahren angesparte Geld für schlechte Zeiten, komplett aufgebraucht. Und trotzdem wird insbesondere im sozialen Bereich gekürzt, werden Projekte für Kinder und Jugendliche gestrichen, notwendige Investitionen, etwa in neue Schulen, verzögert. Besonders perfide ist die opulente

Nutzung eines Instruments, das wir Haushaltsexperten „pauschale Minderausgaben“ nennen. Dabei wird eine Summe festgelegt, die zusätzlich eingespart werden muss – ohne dass bei der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes gesagt wird wo. Es ist ein Freibrief für willkürliche Finanzentscheidungen des Senats vorbei am Abgeordnetenhaus. Stolz zwei Milliarden Euro, das sind fünf Prozent der Ausgaben, sollen so in jedem der beiden Jahre den Berlinerinnen und Berlinern vorenthalten werden. Das ist in dieser Dimension völlig unseriös.

Als erfahrene Haushaltspolitikerin muss ich leider feststellen, dass Berlin wieder einmal in ein finanzpolitisches Chaos zu schlittern droht. Schon das letzte große Chaos wurde unter einem CDU-geführten Senat verursacht. Der Bankenskandal 2001, als Berlin sich in Milliardenhöhe

verschuldete, um die landeseigene Bankgesellschaft vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren, führte zu äußerst schwierigen und unpopulären Entscheidungen wie den Verkauf der Wohnungsgesellschaft GSW. Auch jetzt stehen wieder harte Entscheidungen an, doch dieser Senat zeigt sich planlos. Leiden werden darunter vor allem jene Menschen, die auf eine starke Verwaltung und auf eine gut funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen sind. Wir hatten nach den Wahlen 2021 mit der SPD und den Grünen eine klare finanzpolitische Strategie für dieses Jahrzehnt verabredet und hatten dabei natürlich die Haushaltsrisiken im Blick. Der neue Senat jedoch weigert sich beharrlich, eine solche Strategie zu entwickeln, ganz nach dem Motto: nach uns die Sintflut. Die Zukunftsaufgaben bleiben so auf der Strecke.



Hendrikje Klein am Rednerpult des Abgeordnetenhauses

Veranstaltungstipp

Lesung - "Schatten der Gesellschaft"



In den kalten Monaten des Winters 2018/19 wurde der Bahnhof Lichtenberg vom Land Berlin zum „Kältebahnhof“ erklärt. Hier konnten obdachlose Menschen rund um die Uhr Zuflucht finden. Der Friedrichshainer Zeichner und Autor Sebastian Lörscher besuchte die Menschen dort, fand ihr Vertrauen und hielt die Begegnungen und Geschichten in ausdrucksstarken Zeichnungen und Texten in seinem

Buch „Schatten der Gesellschaft“ fest. Seit Juni diesen Jahres ist ein Teil dieser Kunstwerke in einer Ausstellung in meinem Büro in der Alfred-Kowalke-Str. 14 zu sehen. Bei der Eröffnung konnte ich mich davon überzeugen, dass Lörscher nicht nur eindrucksvoll zeichnet, sondern Menschen auch mit seinen Erzählkünsten in seinen Bann zieht.

besonders, dass ich Sebastian Lörscher für eine Lesung aus seinem Buch und einem anschließenden Austausch gewinnen konnte. Diese findet am Dienstag den 28. November um 18:30 Uhr in der „oskar | freiwilligenagentur lichtenberg“ in der Weitlingstraße 89 statt.

Daher freue ich mich ganz

Sie sind herzlich zu dieser hörenswerten Veranstaltung eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Unliebsame Nachbarn

Friedrichsfelde kann mit Fug und Recht behaupten, zu den großzügigen Großsiedlungen in Berlin zu zählen. Alte Bäume, grüne Wiesen und das Osterwäldchen machen das Leben hier lebenswert. Allerdings nicht nur Menschen, auch Nebelkrähe, Elster und Ringeltaube wissen das Ambiente sehr zu schätzen. Zum Unmut mancher Nachbarn. Diese beschreiben eine Beeinträchtigung ihrer Wohn- und Lebensqualität im Kiez, die „durch das gehäufte Auftreten von Vögeln und deren Lärm und Exkremente“

verursacht werde. Beim Lichtenberger Straßen- und Grünflächenamt gibt man sich ob solcher Beschwerden verständnisvoll und resolut zugleich. Auf der einen Seite sei so ein Vogelschiss natürlich eine unangenehme Erfahrung, aber auf der anderen Seite stehen eben Nebelkrähen, Elstern und Ringeltauben unter Naturschutz und dürfen deshalb auch nicht vergrämt, also aktiv vertrieben werden. Im Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung, das seinen Sitz direkt neben dem

Tierpark hat, wirbt man dafür, derartige Konflikte in Ko-Existenzen umzuwandeln. Dort hat man längst registriert, dass es oft menschliche Verhaltensweisen sind, wie das Füttern oder das achtlose Wegwerfen von Nahrungsmitteln, die derartige Populationen anwachsen lassen. Das zu ändern wäre ein erster wichtiger Schritt.

Und machen wir uns nichts vor, das Leben dort, wo es keine Vögel mehr gibt, wäre auch für uns Menschen eher nur schwer erträglich.

Von Mensch und Tier



find ick jut



Seit einiger Zeit steht der grüne JuLi-Bus auf der Freifläche hinter dem früheren Polizeirevier an der Hauptstraße 8. Immer montags bis freitags haben hier Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, sich zu treffen, Tischtennis zu spielen, sich am Basketballkorb auszuprobieren oder einfach zu chillen. Der Platz ist eine zeitweilige Alternative für den Bolzplatz an der Georg-Löwenstein-Straße, der einem dringend benötigten Schulneubau weichen musste. Es ist sehr wichtig, dass solche Oasen für die Freizeit zur Verfügung stehen.

find ick nich' jut



Sie ist nicht schön, sie ist ziemlich marode und sie ist mittlerweile richtig gefährlich – die Treppenanlage am Monimboplatz. Für Eltern mit Kinderwagen, Menschen im Rollstuhl, selbst für Leute, die mit dem Rad unterwegs sind, ist das Konstrukt aus DDR-Zeiten eine große Herausforderung. Der Umweg den sie deshalb nehmen müssen, um zum Bahnhof oder in den Weitlingkiez zu kommen, ist groß. Eine behindertengerechte Erneuerung ist deshalb dringend geboten, immerhin wohnen mehrere Hundert Menschen hinter dem Platz.

Mein Büro im Wahlkreis:

Alfred-Kowalke-Str. 14  
10315 Berlin  
Fon: 030/ 98 56 53 62  
team@hendrikjeklein.de  
www.hendrikjeklein.de

Öffnungszeiten:

Mo. 14 - 18 Uhr  
Mi. 11 - 15 Uhr  
Do. 10 - 15 Uhr  
Meine Mitarbeiter:innen:  
Conni Hinz, Hartmut Seefeld

Im Abgeordnetenhaus:

Niederkirchnerstraße 5  
10111 Berlin  
Fon: 030 / 23 25 25 60  
Fax: 030 / 23 25 25 15  
klein@linksfraktion.berlin

Impressum:

Herausgeberin:  
Hendrikje Klein, MdA  
Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin  
Layout: Conni Hinz  
Redaktionsschluss: 30.10.2023